Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 262 (1983)

Artikel: Blick in die Welt

Autor: Bührer, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376473

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bührer

Weltpolitischer Rückblick

Kaum ein anderes Thema hat die westeuropäische Bevölkerung 1981/82 in ähnlich tiefgreifender Weise beschäftigt wie die Problematik der Friedenserhaltung. Nicht dass der Weltfrieden in diesem Zeitraum in unmittelbarerer Weise gefährdet gewesen wäre als in den vorangegangenen 35 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges; trotz eines stark abgekühlten Ost-West-Verhältnisses (im Zeichen Afghanistans, Polens und El Salvadors) blieben sowohl Washington als auch Moskau bemüht, einer direkten Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Auslösendes Moment einer rasch wachsenden «Friedensbewegung» war vielmehr das Tempo der beiderseitigen (atomaren) Aufrüstung und namentlich die im Rahmen der NATO (1979) beschlossene Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, wodurch ab Herbst 1983 ein entsprechendes Übergewicht der Sowjets (teilweise) ausgeglichen werden sollte.

So erlebten praktisch sämtliche westeuropäischen Hauptstädte im Herbst 1981 die machtvollsten Kundgebungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: In Bonn demonstrierten rund 250 000 Personen, in Amsterdam 400 000, in Rom und Madrid je 100 000, und am 7. Dezember vermochte auch in Bern eine Friedensdemonstration an die 30 000 vorwiegend jüngere Leute zu mobilisieren. Gemeinsam war allen beteiligten Gruppen (Pazifisten, kirchlichen Kreisen, Grünen und Linken) die Ablehnung eines Sicherheitskonzeptes, das hauptsächlich auf der nuklearen Abschreckung beruht und dessen Versagen Westeuropa möglicherweise zum atomaren Hauptschlachtfeld der Supermächte machen würde.

Die Friedensbewegung entwickelte sich zunächst als ein ausschliesslich westeuropäisches Phänomen. Erst vergleichsweise spät (im Frühjahr 1982) begann sich auch in den USA Widerstand gegen die nuklearstrategischen Aufrüstungspläne der Reagan-Administration

zu formieren. Ein Übergreifen der Friedensbewegung nach Osteuropa, wie es vor allem in Kreisen der DDR-Kirchen zu beobachten war, wurde von den dortigen Behörden — trotz regierungsamtlichen Friedensbeteuerungen und propagandistischer Schützenhilfe zugunsten der westdeutschen Friedensbewegung — nach Kräften einzudämmen versucht.

Wohl wurde innerhalb der westeuropäischen Friedensbewegung auch Kritik an der sowjetischen Aufrüstungspolitik geübt. Faktisch richtete sich deren Stosskraft jedoch in einseitiger Weise gegen das bestehende Sicherheitskonzept der NATO und wirkte sich dadurch, zumindest im Endeffekt, zugunsten sowjetischer Zielsetzungen aus, indem Moskau die Möglichkeit eröffnet wurde, den eigenen (eklatanten) Vorsprung im Bereich der konventionellen und Mittelstreckenraketen-Rüstung als wirksames Drohpotential bewahren zu können. Auf diese Chance zugeschnitten waren die wiederholten Vorstösse Breschnews zur sofortigen Einfrierung der beiderseitigen Atomwaffen-Arsenale in Europa — für den Westen durchwegs unakzeptable Vorschläge, weil sie auf eine endgültige Festschreibung der atomaren Überlegenheit der UdSSR hinausgelaufen wären.



Widerstand gegen die nuklearstrategischen Aufrüstungspläne der Reagan-Administration päischen Städten (in Bonn rund 250 000 Menschen).

gen die Abrüstungsbereitschaft der Sowjets nehmendem Masse. zu erhöhen trachtete; damit wurde in Washington gleicherweise den wachsenden Bud- Die von «Solidarität» getragene Erneuerungsgetsorgen wie den Postulaten der westeuro- bewegung drohte das Machtmonopol der kompäischen und der amerikanischen Friedensbe- munistischen Polnischen Vereinigten Arbeiwegungen Rechnung getragen.

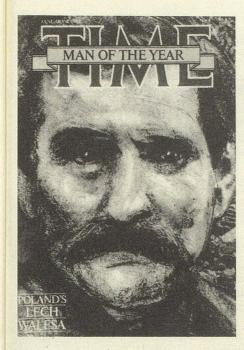
als im Verhältnis der atlantischen Bündnis- gen nicht mehr allein auf den gesellschaftlichpartner bereits viel wertvolles Porzellan in gewerkschaftlichen Bereich (Gewerkschafts-Brüche gegangen war. Die von mannigfachen freiheit, Streikrecht, Pressefreiheit), sondern Missverständnissen geprägten Auseinander- verlangte überdies freie Parlamentswahlen setzungen um Sicherheitsfragen und Abrü- und rief die Arbeiter in den übrigen Ostblockstung hatten diesseits wie jenseits des Atlan- Ländern ebenfalls zur Gründung unabhängitiks viel gegenseitiges Misstrauen erzeugt und ger Gewerkschaften auf. Während «Solidari-Haltung gegenüber Moskau und Warschau hen». Selbst Gewerkschaftsführer Lech Wa-Polen.

Mit der Verhängung des Kriegsrechtes in

Reichlich spät - erst unmittelbar vor der Gewerkschaft «Solidarität» begonnen und Aufnahme eurostrategischer Abrüstungsver- schrittweise zu etwas demokratischeren und handlungen in Genf (Ende November 1981) — pluralistischeren Zuständen geführt hatte. Gestellte Washington seine eigene Zielvorstel- neral Wojciech Jaruzelski, Verteidigungsmilung einer «Null-Lösung» vor: Verzicht auf nister, Partei- und Regierungschef in einer die NATO-Nachrüstung, sofern die UdSSR Person, begründete die Machtergreifung ihr eigenes gegen Westeuropa gerichtetes Ra- durch das Militär mit dem Argument, nur so ketenpotentional abbauen würde. Ende Mai habe das Land vor Anarchie und Chaos be-1982 erklärte US-Präsident Reagan überdies wahrt werden können (wobei er offen liess, die Bereitschaft seiner Regierung, mit der ob andernfalls Truppen des Warschauer Pak-Sowjetunion Verhandlungen über eine Reduktes interveniert hätten). In der Tat hatte «Sotion der strategischen Arsenale («START») lidarität» in den Monaten zuvor die Kontrolle ohne Vorbedingungen aufnehmen zu wollen über einen Teil ihrer Aktivisten verloren: - eine bemerkenswerte Abweichung vom Streiks erfolgten zum Teil gegen den erklärursprünglich eingeschlagenen Kurs, welcher ten Willen der Gewerkschaftsleitung, und die durch forcierte eigene Rüstungsanstrengun- Versorgungslage verschlechterte sich in zu-

Entscheidender war freilich die Machtfrage: terpartei (PVAP) immer mehr auszuhöhlen. Die Kurskorrektur der amerikanischen Re- An ihrem ersten Landeskongress im Sommer gierung erfolgte indessen zu einem Zeitpunkt, 1981 beschränkte «Solidarität» ihre Forderundie Beziehungen untereinander mancherlei tät» immer entschiedener auf eine Beteiligung (unnötigen) Belastungsproben ausgesetzt. Zu- an der staatlichen Macht hinarbeitete, versätzlich verschärft wurden diese Spannungen stärkte sich innerhalb der PVAP der Druck durch Meinungsdifferenzen über ein gigan- im Hinblick auf eine gewaltsame Lösung; von tisches Erdgas-Röhren-Geschäft der Europäer aussen her forderte Moskau immer ultimatimit der Sowjetunion und Unterschiede in der ver, «das Rad der Entwicklung zurückzudrenach der Machtübernahme des Militärs in lesa, so verrieten geheime Tonbandaufnahmen, bezeichnete schliesslich eine Konfrontation als «unausweichlich».

Die Verhängung des Kriegsrechts traf «So-Polen war am 13. Dezember 1981 eines der lidarität» dennoch wie ein Blitz aus heiterem hoffnungsvollsten Kapitel der jüngeren Zeit- Himmel; die Internierung von gegen 5000 fühgeschichte fürs erste geschlossen worden. Von renden Gewerkschaftern unterband fürs erste Soldatenstiefeln zertreten wurde ein gesell- jegliche Möglichkeit eines zusammenhängenschaftliches und politisches Experiment, das den Widerstandes. Zu gewaltsamen Auseinanim Sommer 1980 mit der Streikbewegung in dersetzungen kam es denn auch während der Danzig und der Gründung der unabhängigen ersten Monate unter Kriegsrecht selten, was



id

d

2-

i-

er

g

10

-

S,

e

1:

e

r

1

1

3

Der Mann, der Polens Hoffnungen verkörperte und schliesslich scheiterte: Gewerkschaftsführer Lech Walesa (vom US-Nachrichtenmagazin zum «Man of the Year» gewählt).

bestehen, zumal Jaruzelskis Regime ein Wie- mehrere tausend Menschen zum Opfer fielen. dererstehen einer unabhängigen Gewerkschaft.

Trotz innerlicher Anteilnahme blieb der

die eigenen Wirtschaftsinteressen in schwerwiegender Weise berührten noch der Gegenseite wehtaten. Mittlerweile verschwand das seit 1979 von Sowjettruppen besetzte Afghanistan mehr und mehr aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Trotz anhaltenden Widerstands moslemischer Aufständischer beharrte Moskau auf seinem bekannten Standpunkt, dass es ohne Anerkennung des kommunistischen Regimes in Kabul und ohne ein Ende «ausländischer Einmischung» keine Friedenslösung und keinen Abzug der russischen Truppen geben könne.

In Iran vermochte das orthodox-klerikale Regime seine Machtstellung noch zu verstärken, obwohl abermals eine Reihe führender Exponenten Terroranschlägen zum Opfer fielen, unter ihnen Staatspräsident Rajai - er hatte den vom Parlament abgesetzten und im Sommer 1981 nach Frankreich geflohenen Bani-Sadr ersetzt — und Ministerpräsident nicht zuletzt dem Einfluss der katholischen Bahonar. Diesen Widerstand, der vor allem Kirche zuzuschreiben war. Zwischen Bevöl- von den linksgerichteten Volksmujaheddin kerung und Regierenden blieb jedoch ein tie- getragen war, beantworteten die Mullahs mit fer Graben des Hasses und des Misstrauens einer beispiellosen Hinrichtungswelle, der

Im Golfkrieg neigte sich die Waagschale schaftsbewegung kategorisch ausschloss und nach über einjähriger Dauer — immer mehr keinen Zweifel daran liess, Polen wieder zu zugunsten des bevölkerungsreicheren Irans; einem «festen Glied der sozialistischen Staa- nach mehreren erfolgreichen Offensiven im tengemeinschaft» zu machen. Wie sich unter Winter und Frühjahr 1982 gelang es den Perdiesen Umständen eine «nationale Versöh- sern, die irakischen Invasoren aus der Erdölnung», als Grundvoraussetzung wirtschaftli- provinz Khusistan weitgehend zu vertreiben. cher und staatlicher Erneuerung, bewerkstel- Der militärische Erfolg liess Khomeinys Iran ligen liess, blieb unklar. Ihrer Hoffnungen be- mit einem Schlag zu einem ernsthaften (und raubt, sah sich die polnische Nation seit dem potentiell bedrohlichen) Gegenspieler der ara-13. Dezember 1981 in einer auswegsloseren bischen Erdölländer am Golf werden; ande-Sackgasse als je zuvor in der rund 35jährigen rerseits erhöhte diese «Gefahr» die Bereit-Geschichte kommunistischer Zwangsherr- schaft des gemässigteren Teils der arabischen Welt, Ägypten trotz seines Friedensabkommens mit Israel wieder als Partnerstaat zu akzeptieren.

Das Land am Nil durchlebte zweifellos eine Westen in der Rolle des weitgehend ohnmäch- der kritischsten Phasen seiner jüngeren Getigen Zuschauers: Einmal mehr wurden gegen schichte, als am 6. Oktober 1981 Präsident die Sowjetunion, wegen deren offenkundi- Anwar el-Sadat, anlässlich einer Truppenger Mitverantwortung, wirtschaftliche Sank- parade, den Schüssen moslemischer Extremi-tionen verhängt; doch blieb es, alles in allem, sten zum Opfer fiel. Trotz eines kurzlebigen bei einigen demonstrativen Gesten, die weder Aufstandsversuches in der oberägyptischen





Ägyptens Präsident Anwar el-Sadat — unmittelbar vor seiner Ermordung durch moslemische Extremisten am 6. Oktober 1981 (Bild rechts).

Stadt Assiut vollzog sich der Machtübergang Syrien, Libyen und ein Teil der PLO die Sauauf Sadats Nachfolger Hosni Mubarak jedoch dis erfolgreich daran zu hindern, Israel im überraschend reibungslos. Dank seinem unbeirrbaren Festhalten am Frieden mit Israel einem (Achtpunkte-)Friedensplan herauszusah sich Mubarak am 25. April 1982, vertrags- fordern, der erstmals auch eine Anerkennung gemäss, mit der Rückgewinnung des Rest- des jüdischen Staates in Aussicht gestellt teils der Sinai-Halbinsel «belohnt»; gleich- hätte. zeitig gelang es dem neuen Präsidenten dank einer klugen Diplomatie, die Isolierung seines Landes innerhalb der arabischen Welt allmählich zu überwinden.

i

Bevölkerung immer mehr zurückzudrängen, um so der Möglichkeit der Entstehung eines Palästinenserstaates ein für allemal einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig offenbarte sich in der forcierten Siedlungspolitik der Wille Israels, Westjordanien und den Gazastreifen über kurz oder lang dem übrigen Staatsgebiete einzuverleiben — wie dies bereits mit Ostjerusalem und den Golan-Höhen geschehen war.

Ebenso selbstherrlich setzte sich Israel mit seiner Libanonpolitik und mit der Bombardierung eines Nuklearreaktors bei Bagdad über geltendes Völkerrecht (und über die Proteste selbst eng befreundeter Nationen wie der USA) hinweg. An der fast hoffnungslos verfahrenen Situation im Nahen Osten trug indessen auch die arabische Seite einen Teil der Schuld; so vermochten «Scharfmacher» wie Namen der gesamten arabischen Welt mit

Eine Patt-Situation kennzeichnete während der Berichsperiode auch das Bürgerkriegsgeschehen in El Salvador: Vergeblich versuchten die Regierungsstreitkräfte der Aufstands-Für Israel dagegen war der Rückzug vom bewegung Herr zu werden, die nach Ansicht Sinai ein traumatisches Erlebnis, mussten der US-Regierung erhebliche Waffenhilfe aus doch Hunderte von Siedlern vertrieben und Kuba und Nicaragua genoss. Andererseits die neuerrichtete Stadt Yamith dem Wüsten- sorgte der von rechtsextremen Drahtziehern, boden gleichgemacht werden. Der Frieden mit die teilweise in den Streitkräften zu suchen Ägypten blieb zudem Stückwerk; für eine waren, entfesselte Terror gegen die Landbeumfassende Friedenslösung zwischen Israel völkerung für Voraussetzungen, die eine weiund seinen arabischen Nachbarn (v. a. den tere Ausbreitung der Guerilla geradezu be-Palästinensern) fehlten beiderseits die psy- günstigen mussten. Junta-Chef Duarte, ein chologischen Voraussetzungen. So verkündete Christdemokrat, suchte durch Ausschreibung die Regierung in Jerusalem unmittelbar nach international kontrollierter Wahlen einen Ausdem Sinai-Rückzug, Israel habe die Grenzen weg aus der schwierigen Lage zu finden. seiner Konzessionsbereitschaft endgültig er- Seine Rechnung ging indessen nur zum Teil reicht. Stattdessen wurden in den übrigen be- auf: Zwar war die Wahlbeteiligung trotz des setzten Gebieten (Westjordanien, Gazastrei- Boykotts der (aufständischen) Linken überrafen, Golan) neue jüdische Siedlungen ange- schend hoch; die Christdemokraten als einzige legt mit der Absicht, die ansässige arabische einigermassen gemässigte Kraft wurden jeMacht sicherte.

Krise ganz anderen Zuschnitts: Während schen) Schaden zufügte. Buenos Aires seine Invasion mit einem sehr umstrittenen Souveränitätsanspruch rechtfertigte, liess London einen Grossteil seiner Flotte auslaufen, um dem Selbstbestimmungsrecht der Falkland-Bewohner gegenüber den und politischen Problemen anderer Länder argentinischen «Aggressoren» Nachachtung zu verschaffen. Der Falkland-Konflikt mani-





Argentiniens Diktator, General Leopoldo Galtieri, lässt sich nach der Besetzung der britischen Falkland-Inseln von jubelnden Menschenmassen feiern.

doch von fünf kleineren ultrakonservativen festierte einmal mehr auf drastische Weise Gruppierungen in Minderheit versetzt; einzig das Fehlen geeigneter Krisenbewältigungsmassiver Druck seitens der USA verhinderte, mechanismen auf internationaler Ebene; für dass sich die extreme Rechte die gesamte die westliche Führungsmacht USA, die sich nach gescheiterten Vermittlungsbemühungen Stand in El Salvador letzten Endes die voll hinter Grossbritannien gestellt hatte, re-Stabilität in ganz Zentralamerika auf dem sultierte eine gravierende Verschlechterung Spiel — zumal das Regime im benachbarten des ohnehin prekären Verhältnisses zur latein-Nicaragua immer unverhohlener marxistisch- amerikanischen Staatenwelt — als Ergebnis leninistische Züge annahm —, so war die von eines letzten Endes absurden Konfliktes, der Argentinien vom Zaun gerissene Falkland- dem Westen als Ganzes erheblichen (politi-

Innenpolitische Chronik

Gemessen an den wirtschaftlichen, sozialen musste die Schweiz auch 1981/82 wie eine «Insel der Glückseligen» erscheinen. Von einigen wenigen Ausnahmen (Uhrenindustrie!) abgesehen, blieb unserem Land die Vollbeschäftigung erhalten — zu einer Zeit, in der andere Industriestaaten Millionenheere von Arbeitslosen zu verkraften hatten: die USA an die 9 Millionen, Grossbritannien 3 Millionen, Frankreich 2 Millionen und selbst die Bundesrepublik Deutschland rund 1,5 Millionen. Ganz blieb die Schweiz indessen ebenfalls nicht von den weltwirtschaftlichen Turbulenzen verschont: Die Hochzinspolitik der USA und einiger anderer Länder führte zu massiven Geldabflüssen und, zumindest vorübergehend, zu einer Schwächung des Schweizer Frankens, die ihrerseits die Inflation stark anheizte (im September 1981 betrug die Jahresteuerung nicht weniger als 7,3 Prozent). Gleichzeitig stiegen auch in unserem Land die Zinssätze (u. a. bei den Hypotheken), was nicht zuletzt mit der (aus Gründen der Teuerungsbekämpfung) von der Nationalbank verfolgten Politik des knappen Geldes zusammenhing.

Während 1981 die erwartete Konjunkturabschwächung eintrat — ohne allerdings in eine echte Rezession auszumünden —, profitierten die Bundesfinanzen noch von der relativen Hochkonjunktur der vorangegangenen Jahre: So schloss die Rechnung — nach zehnjähriger Defizitperiode im Bundeshaushalt — praktisch ausgeglichen ab (mit einem Rückschlag von

diesem Weg bedeutete die Verlängerung der senaufgabe zu betrauen. geltenden Bundesfinanzordnung bis 1994, der Volk und Stände im November 1981 mit 68,9 fanden in der Berichtsperiode Gesamterneue-Prozent Ja ihren Segen gaben (sie bringt dem rungswahlen statt, die praktisch ausnahmslos Bund dank einer geringfügigen Erhöhung der den bürgerlichen Parteien (auf Kosten von Warenumsatzsteuer jährliche Mehreinnahmen Sozialdemokraten und Landesring) Gewinne von 350 Millionen Franken).

mal mehr) die Energiepolitik: vor allem die fellos dem Erscheinungsbild der SP in ver-Frage, ob der Bundesrat grünes Licht zum schiedenen Regionen zuzuschreiben: Sowohl Bau des Kernkraftwerks Kaiseraugst geben in Basel-Stadt als auch in Zürich, aber auch würde. Rechtlich war die Landesregierung andernorts, trennte ein tiefer Graben einen zur Erteilung der Rahmenbewilligung ver- pragmatisch-gemässigten gewerkschaftlichen pflichtet, da sie den Bedarf für ein weiteres Flügel von einem mehr oder minder elitären AKW in den neunziger Jahren als ausgewie- Kreis von Linksintellektuellen, welche den sen erachtete. Dagegen sprachen freilich ge- Ton angaben. Anderseits entsprach vor allem wichtige politische Gründe, insbesondere der die freisinnige Parole «Mehr Freiheit, mehr (zu erwartende) Widerstand seitens der direkt Eigenverantwortung, weniger Staat» einem betroffenen Bevölkerung in der Region Basel. von vielen Bürgern empfundenen Anliegen Vor seinem Entscheid sah sich der Bundesrat in einem traditionell liberalen Staatswesen, von allen Seiten (massivem) Druck ausgesetzt; in dem heute immer mehr Lebensbereiche für die mehrmalige Verschiebung seines Ent- einer freiheitsbedrohenden Reglementierung scheids verantwortlich waren u. a. direkte und Verbürokratisierung anheimzufallen dro-Verhandlungen mit der Bauherrschaft, in de- hen. In der Stadt Zürich schliesslich entsprach ren Verlauf die Kaiseraugst AG erstmals die der Erdrutsch-Sieg der bürgerlichen Parteien Bereitschaft zum Verzicht auf das Projekt bei im März 1982 einer politischen Reaktion auf angemessener Entschädigung durch den Bund die zurückliegende Phase der Jugendunruhen (genannt wurde die Summe von 800 Mio Fr.) und den damit zusammenhängenden Wunsch andeutete. Das widerwillig erteilte Ja des nach einer konsequenteren, klareren Führung Bundesrates bedeutete, dass die Eidg. Räte seitens des Stadtrates. Freilich erfüllte sich diesen Entscheid nun in letzter Instanz zu be- die Hoffnung nicht, dass der Jugendprotest, gutachten hatten.

Bundesrat — nach jahrelangem Zögern — die würde. Stattdessen war leider auch hierzuzer ablehnt). Ferner kündigte er an, das Pro- nicht zu übersehen.

knapp 200 Mio Franken jedenfalls um rund jekt einer Totalrevision der Bundesverfassung 1 Milliarde besser als budgetiert). Dennoch weiterzuverfolgen und noch 1982 einen entwarnte Finanzminister Ritschard zu Recht sprechenden Entwurf zuhanden der Eidg. Räte vor möglichen Fehldeutungen. Schon der Vor- verabschieden zu wollen — ungeachtet eines anschlag 1982 (wiederum mit einem Defizit teilweise sehr negativen Echos im Vernehmvon über 1 Mrd Franken) kündigte an, dass lassungsverfahren. Bedenken weckte auch die die Sanierung der Bundesfinanzen ein «Dau- Ankündigung, das ohnehin überlastete Parerbrenner» der schweizerischen Innenpolitik lament in Bern — und nicht einen eigens zu bleiben würde. Einen (kleinen) Schritt auf wählenden Verfassungsrat - mit dieser Rie-

In verschiedenen Kantonen und Städten brachten. Diese alles in allem recht signifi-Mehr beschäftigte den Bürger indessen (ein- kanten Verschiebungen waren einerseits zweider 1980/81 Zürich und andere Schweizer Dem selben Parlament übertrug die Lan- Städte erschüttert hatte, Anstoss zu einer tiedesregierung im Berichtsjahr einige weitere fergreifenden geistigen Auseinandersetzung «nahrhafte Brocken»: So verabschiedete der mit unserer Wohlstandsgesellschaft geben Botschaft, in der er den Beitritt der Schweiz lande eine gewisse Tendenz zu eindimensiozur UNO beantragt (den laut Meinungsum- nal-undifferenziertem Denken und intoleranfragen immer noch eine Mehrheit der Schwei- tem Verhalten anderen Meinungen gegenüber